

**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax : (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 06.12.2019

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 51. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 02.12.2019****öffentlich****4.4 Regionalplanüberarbeitung, Modul III– Empfehlungen zur Darstellung
neuer Siedlungsbereiche (ASB und GIB) als Optionen zur Weiterent-
wicklung der wachsenden Stadt
2887/2019****Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 31.10.2019
AN/1496/2019**

RM Kron verweist auf die vom Stadtentwicklungsausschuss initiierte Sondersitzung der beteiligten Ausschüsse im Januar 2020 und bittet für die SPD-Fraktion, den Änderungsantrag AN/1496/2019, bereits in der heutigen Sitzung zur Beschlussfassung zu stellen, damit die dort aufgeführten Aspekte und Anregungen zuvor auch in den Bezirksvertretungen und von der Verwaltung aufgegriffen werden können.

RM Götz hingegen schlägt seitens der CDU-Fraktion alternativ vor, wie auch in den anderen Ausschüssen zu verfahren, d.h. sowohl die Verwaltungsvorlage als auch den Änderungsantrag ohne Votum in die weiteren Gremien zu verweisen.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erachtet RM Hammer es für wichtig, dass auch solche Flächen als Siedlungsbereiche entwickelt werden, bei denen schon eine gewisse Verkehrsinfrastruktur vorhanden ist, so dass dann auch sichergestellt ist, dass bei Bezug der Siedlungen durch die ersten BürgerInnen der 1. Bus oder die 1. S-Bahn bereits fährt. Die Motivation, sich ein Zweit- oder sogar Drittauto zuzulegen, werde hierdurch spürbar verringert.

Stellv. Vorsitzender Sterck hegt große Sympathie für den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, da dieser einige wichtige Handlungsanleitungen beinhaltet. Er weist kritisch darauf hin, dass mit den hier ausgewiesenen Flächen lediglich ein Drittel der von der Bezirksregierung Köln ermittelten Bedarfe nachgewiesen werde, sowohl bei den

Siedlungs- als auch bei den Gewerbeflächen. Wenn die restlichen Flächen nicht auch noch auf Kölner Stadtgebiet sondern stattdessen in der umliegenden Region nachgewiesen werden, bestehe die Gefahr, dass weitere Verkehrsprobleme hier in die Stadt hineingezogen werden.

- Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/1496/2019 ohne Votum in die vom Stadtentwicklungsausschuss initiierte gemeinsame Sondersitzung im Januar 2020.